

Und schon ist der Wahlkampf vorbei

Die Bündner Regierungskandidierenden wollen ein Zeichen gegen die Spaltung der Gesellschaft setzen. Sie teilen sich die fünf Sitze einfach.

von Olivier Berger

Das gab es in der Schweizer Geschichte noch nie: Die Kandidatin und die fünf Kandidaten für einen Sitz in der Bündner Regierung verzichten aufs politische Kräftenessen und teilen stattdessen die fünf Mandate in der kantonalen Exekutive untereinander auf. Eine entsprechende Medienmitteilung soll heute Freitag verbreitet werden. Der Redaktion dieser Zeitung liegt das Papier aber bereits vor. «Die jüngsten globalen Entwicklungen haben zu einer anhaltenden Spaltung der Gesellschaft geführt. Diese Gräben wollen wir, die Kandidierenden für die Bündner Regierung, nicht weiter vertiefen», heisst es in der Mitteilung.

Aus dem Papier geht auch hervor, wie die Aufteilung der fünf Mandate auf sechs Personen ohne zusätzliche Kosten vonstattengehen soll: Die Regierungsrätin und die fünf Regierungsräte versehen ihre Ämter künftig mit einem Arbeitspensum von jeweils 80 Prozent. Möglich macht es die geplante Revision des kantonalen Personalgesetzes, welche im laufenden Jahr vom Grossen Rat behandelt wird. Diese erleichtert den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten kantonalen Verwaltung die Teilzeitarbeit – zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. «Auch in dieser Hinsicht möchten wir ein Zeichen setzen», heisst es im Positionspapier. In den 20 Prozent Arbeitszeit neben der Regierungstätigkeit wollen sich die sechs Kandidierenden laut ihrer Mitteilung gemeinnützig engagieren.

Rechtlich kein Problem

Daniel Spadin, Direktor der Ständekanzlei Graubünden, mag das Zusammengehen der sechs Kandidierenden auf Anfrage weder bestätigen noch dementieren. Zumindest rechtlich spreche aber nichts gegen deren Pläne, erklärt er. Zwar heisse es in der Kantonsverfassung, die Regierung bestehe aus fünf Mitgliedern. Allerdings besage Artikel 47 Absatz 2 der Kantonsverfassung eindeutig, «dass Wahlen Sache der Regierung sind, sie ist diesbezüglich also ziemlich frei in ihren Entscheidungen». Die Fünferbesetzung beziehe sich einzig und allein auf die Stellenprozente. Da die zur Verfügung stehenden 500 Stellenprozente jetzt sogar unter-

schrritten würden, rechne er auch nicht mit Widerstand aus dem Parlament oder von der kantonalen Finanzkontrolle. «Zudem sparen wir zusätzlich Geld, weil jetzt keine Regierungswahlen mehr notwendig sind.»

Auch der Historiker Sacha Zala, Titularprofessor für Schweizer und Neueste Allgemeine Geschichte an der Universität Bern, kann der Idee einiges ab-

gewinnen. «Es wäre eine Fortschreibung der klaren Konsenspolitik, welche sich in der Schweiz besonders in den Krisenjahren der 1930er-Jahre etabliert hat», sagt der Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz. Auf eidgenössischer Ebene habe die Einführung des Proporzwahlsystems im Jahr 1919 zu einem historischen Bruch geführt, welcher schliesslich im Jahr 1959 zur Zauberformel im Bundesrat geführt habe. Vor dem Hintergrund der Einführung des Proporz im Kanton sei Graubünden «prädestiniert dafür, die Umwälzungen auch auf Exekutivebene aufzugreifen».

In einem Punkt widerspricht Zala den Kandidierenden allerdings. «Wenn sie schon eine neue Formel einführen wollen, ist es wichtig, dass diese mathematisch auch aufgeht.» Die Arbeitspensum müssten daher exakt 83,33 Prozent pro künftigem Regierungsglied betragen. «Alternativ wäre höchstens denkbar, dass die nach der Berechnung der Kandidierenden 'überschüssigen' 20 Prozent dazu verwendet werden, das Arbeitspensum des Kanzleirektors auf 120 Prozent zu erhöhen», erklärt Zala. «Weil er künftig ein 'Schäferchen' mehr zu betreuen hat, wäre das meiner Meinung nach gerechtfertigt.»

Neue Departemente geplant

Ein Problem stellt sich mit der neuen Regelung allerdings: jenes der Aufteilung der Departemente auf die nun-

mehr sechs Regierungsglieder. Allerdings habe man sich dazu bereits Gedanken gemacht, heisst es im Papier der Kandidierenden. Demzufolge sollen die Aufgaben und Dienststellen der heute fünf auf neu sechs Departemente aufgeteilt werden, «und zwar logischer, als das bisher der Fall ist». Ein Beispiel: Heute sind die Bereiche Bauen, Umweltschutz und Raumplanung auf drei Departemente aufgeteilt. Sie finden sich neu im gemeinsamen Departement Bauen Planen Schützen (BPS). Statt des Umweltschutzes sind im Erziehungs- und Kulturdepartement neu die Gemeinden (neuer Departementsname: EKG) angegliedert, weil es gerade im Schulbereich viele Synergien gibt. Landwirtschaft und Jagd wiederum werden im neuen Departement Kuh Wein Wolf (KWW) zusammengefasst.

Bereits geregelt ist auch das Präsidium der neuen Regierung. Auch hier wollen die sechs neuen Mitglieder konfliktfreie Wege beschreiten, wie sie schreiben. Zwar besagt die Kantonsverfassung, die Präsidentin oder der Präsident würden für jeweils ein Jahr amtierend. «Sie sagt aber nicht, über welchen Zeitraum verteilt dieses Jahr stattfinden soll», erklärt Kanzleirektor Spadin. Die Idee der Kandidierenden ist denn auch ein gerechter Turnus, bei welchem der Vorsitz alle zwei Monate wechselt – in alphabetischer Reihenfolge.

«Einmal mehr geht Graubünden voraus und setzt schweizweit Trends.»

Martin Bühler
FDP

«In Zeiten von Fachkräftemangel müssen auch innovative und flexible Arbeitsmodelle möglich sein. Die Regierung geht hier mit gutem Beispiel voran.»

Marcus Caduff
Die Mitte

«Ich kämpfe schon lange gegen die Zentralisierung in unserem Kanton. Mit sechs Mitgliedern in der Regierung kann zumindest ein Pensum in den Regionen angesiedelt werden.»

Roman Hug
SVP

«In der Regierung brauchen wir keine Frauenquote, aber eine Quote für Personen, die sich mit dem Partner/der Partnerin die Haus- und Familienarbeit teilen. Das neue Modell macht dies endlich möglich.»

Carmelia Maissen
Die Mitte

«Die Regierung geht einmal mehr mit dem guten Beispiel voran! Die Förderung von Teilzeitarbeit von Frauen und Männern vereinfacht die Vereinbarkeit von Beruf und anderen Lebensbereichen.»

Jon Domenic Parolini
Die Mitte

«Mit der 4-Tage-Woche für die Regierung setzen wir ein wichtiges Zeichen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.»

Peter Peyer
SP